

Zwei Jahre Verbraucherkommission Baden-Württemberg

Empfehlungen an die Landesregierung zur weiteren Stärkung der Verbraucherpolitik im Land

4. Dezember 2007

Ernährung

Baden-Württemberg nimmt in der Ernährungsaufklärung bundesweit eine Führungsrolle ein. Dieses Potential muss gestärkt und ausgebaut werden, insbesondere zum Wohle der Kinder und Jugendlichen sowie der älteren Bevölkerung. Frühzeitige präventive Maßnahmen sind nicht nur für das Individuum von großem Nutzen für seine langfristige Lebensqualität, sondern ersparen der Volkswirtschaft enorme Folgekosten.

Die Verbraucherkommission Baden-Württemberg empfiehlt daher:

1. Die Bündelung der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Bereich Ernährung muss vorangetrieben werden.

Mit dem vom Landeskabinett verabschiedeten "Aktionsplan 2018 – Ernährung für Kinder und Jugendliche" ist zwar ein erster Schritt getan; an der konkreten Umsetzung werden sich die formulierten Ziele aber messen lassen müssen. Der Aktionsplan sollte umfassend angelegt sein und mit der Nachhaltigkeitsstrategie sowie mit der vorgeschlagenen "Verbraucherpolitischen Strategie" verknüpft sein.

Landesweit werden zahlreiche Aktionen und Projekte der Verbraucherzentrale, der Ernährungszentren sowie der BeKi-Fachfrauen zur Ernährungsaufklärung durchgeführt. Auch in den Kommunen gibt es vielfältige Aktivitäten, Akteure und Initiativen. Die Ansprache der Zielgruppen wird bisher nicht projektübergreifend koordiniert, lokale Aktivitäten werden nicht vernetzt, erfolgreiche Projekte nicht multipliziert. Ein Qualitätssprung könnte durch die Zusammenführung dieser Ansätze gelingen.

2. Als zentrale Maßnahme der Gesundheitsförderung und Ernährungssicherheit soll das Land Baden-Württemberg Bestrebungen für eine qualitativ gute Schulverpflegung vorantreiben und entsprechende Maßnahmen beschließen.

Die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) vorgelegten Qualitätsstandards wurden von der Verbraucherschutzministerkonferenz bereits positiv bewertet. Auch Kindern aus einkommensschwachen Familien soll ermöglicht werden, an einer gesundheitsförderlichen Schulverpflegung teilzuhaben.

Der Aufbau einer gesundheitsförderlichen und ökonomisch tragbaren Schulverpflegung erweist sich als neue Herausforderung. Keine Präventionsmaßnahme kann so wirksam und längerfristig so preiswert sein, wie eine gute Schulverpflegung. Hierzu muss allerdings das Bewusstsein der Verantwortlichen weiter gefördert sowie die entsprechenden Strukturen (politisch, ökonomisch, architektonisch etc.) geschaffen werden. Die Kommunen müssen die Schulverpflegung mehr als bisher zu ihrer Sache machen und zu einem positiven Imagefaktor der Gemeinde ausbauen.